

Übungsleiter- und Ehrenamts-Pauschale - Hartz IV-Empfang

In nicht wenigen Vereinen sind Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ehrenamtlich und/oder als Übungsleiter tätig mit dem Vorteil, nach früherer gesetzlicher Regelung, dass der Bezug der - steuerfreien - Übungsleiterpauschale von EUR 2.100,00 und/oder der Ehrenamtspauschale von maximal EUR 500,00 auf das Arbeitslosengeld II nicht angerechnet wurde.

Mit der Änderung der Hartz IV-Gesetzgebung zum 01.04.2011 werden die vorgenannten Pauschalzahlungen **wie Erwerbseinkommen** berücksichtigt, allerdings mit der Maßgabe, dass sich der allgemeine Freibetrag gemäß § 11 b Abs.2 S.1 SGB II auf EUR 175,00 monatlich erhöht im Falle des Bezuges steuerfreier Einnahmen.

Wie es der Zufall (?) so will, errechnet sich aus der Summe des monatlichen Freibetrages von EUR 175,00 auf das Jahr bezogen haargenau der Betrag der Übungsleiterpauschale von EUR 2.100,00 (12 x EUR 175,00), so dass diese damit faktisch (weiterhin) anrechnungsfrei bleibt. Völlig offen und für Hartz IV-Bezieher riskant kann es aber sein bzw. werden, wenn die Übungsleiterpauschale nicht monatlich in gleichen Beträgen gezahlt wird, sondern der maximale Pauschalbetrag auf das Jahr bezogen dadurch erreicht wird, dass in einer geringeren Anzahl von Monaten ein jeweils höherer Betrag gezahlt wird. **Das könnte eine Kürzung des Hartz IV-Bezuges auslösen!**

Eine entsprechende Problematik könnte im Zusammenhang mit der Ehrenamtspauschale entstehen, wenn und soweit betragsmäßig monatlich mehr als EUR 175,00 gezahlt werden.

Eine Kombination von Übungsleiter-Tätigkeit und ehrenamtlichen Arbeit mit Pauschal-Bezug führt jedenfalls dazu, dass der Betrag der Ehrenamtspauschale denjenigen der Übungsleiterpauschale (12 x EUR 175,00) übersteigt und damit auf den Hartz IV-Empfang angerechnet wird!

Die Folgen der gesetzlichen Neuregelung wirken sich für die Vereine zwar materiell nicht unmittelbar aus, im Interesse der Funktionsfähigkeit der Vereine und ihres Übungsbetriebes erscheint eine dies betreffende Information bzw. Kontaktaufnahme mit den in Rede stehenden Personenkreis geboten.

gez. RA Claus Runge
05.2011